

Das Wirecard PR Gericht

Über obskure Befragungen eines Wirecard-Anwalts

#Wirecard #Munich

Zeugenvernehmung des Wirecard Anwaltes Ferdinand Fromholzer vom 19. Juni 2024.

Die hier aufgeführten Sachverhalte garantieren nicht für ein vollständiges Protokoll der Vernehmung, sie dienen der detaillierten Einsicht in die Vernehmung von Wirecard Zeugen. Aufgrund der komplexen und manchmal verbal zügig vorgetragenen Fragen und Zeugendarlegungen könnten sich kleinere Fehler eingeschlichen haben. Bitte kontaktieren Sie uns unter news@sun24.news, sollten Sie Verbesserungen haben oder wichtige Erweiterungen vorschlagen können.

Ferdinand Fromholzer, Rechtsanwalt bei Gibson Dunn, war bei Wirecard auch für die Ad-Hoc Kommunikation für Investoren zuständig war und übersah diese rechtsanwaltschaftlich. Er wird bezüglich einer Händlerliste befragt, die im Zusammenhang mit der Softbank-Investition von 2019 erstellt wurde. Vertreter von Softbank befragten "*intensiv und forsch*" besonders Marsalek dazu, so Fromholzer.

Die Softbank-Liste kam von Marsalek, wie auch die Erklärungen an Softbank-Vertreter, wie genau das Wirecard-Drittpartner (TPA) Geschäft ablief. Als eine Liste vom Richter auf den Projektor geworfen wird, erklärt Zeuge F. glaubhaft, er könne sich nicht genau erinnern. Der Richter fragt weiter an, ob er wisse, was Wirecard mit der fast 1 Milliarde Euro Softbank-Investition gemacht habe. Fromholzer teilt mit, er wisse das nicht genau, es gab wohl Gespräche mit der Commerzbank bezüglich "Rückführungen".

Rajah & Tann war eher die Baustelle des Wirecard-Rechtsanwaltes. Die Befragung geht schnell über zu den Ad-Hoc Meldungen und Statements um April 2020 in Bezug auf KPMGs Sonderprüfung. Seine Ansprechpartner diesbezüglich waren die Rechtsabteilung, Görres, von Knoop. Fromholzers Aufgabe war es, aus rechtlicher Sicht diese Wirecard Ad-Hoc Meldungen für die Aussenwelt abzusegnen. Der Richter fragt sogleich direkt und eher plump an, ob Dr. Braun sich da "**eingemischt habe und die Ad-Hoc Bestätigungen**" gemacht habe.

Fromholzer antwortet ruhig und gelassen, dass Dr. Braun "**sich verständlicher Weise stark gemacht hat**" bei den Wirecard Ad-Hocs und Statements. An einen konkreten Prozess diesbezüglich könne er sich nicht erinnern. Steidl, Marsalek und besonders von Knoop haben Entwürfe konkret mit ihm abgestimmt, auch Stöckl war involviert mit ihrer PR-Abteilung. Nach kurzem Ausflug zu Rajah & Tann gab es dann die plötzliche Anfrage an Fromholzer durch den Richter, wie er "**das Verhältnis zwischen Dr. Braun und Frau Stöckl gesehen habe, Braun sei angeblich herrisch aufgetreten**". Zur Info: dies wurde bereits mehrfach durch etliche Zeugen widerlegt, es ist für Beobachter unverständlich, warum der Richter hier immer wieder nachfragt. Offenbar geschieht dies, um a) die Pressevertreter zu dirigieren, b) den Zeugen zu manipulieren und c) ggf. sogar die eigenen Ersatz- und Hilfsrichter indirekt zu beeinflussen.

Fromholzer bestätigt ebenso wie andere Zeugen, dass er keine sonderlichen "**herrischen Auftritte**" von Dr. Braun mitbekommen habe, den er als intelligent und bedacht agierend beschrieb. Es sei nicht ungewöhnlich, sondern eher Aufgabe des Vorstands, inhaltlich die Wirecard PR-Meldungen vorzugeben - offenbar will dies dem Richter weiterhin unbekannt bleiben. Der Richter fragt weiter, ob er denn bei Treffen mit Dr. Braun und Stöckl regelmäßig dabei gewesen war. Fromholzer gab an, er war oftmals in der Zentrale in Aschheim und hätte sowas miterleben müssen. Er gibt auch an, er sei öfter bei Wirecard-Treffen bezüglich Ad-Hocs auch bei Rajah & Tann mit dabei gewesen, es gab auch Fernkommunikationen, in denen er diesbezüglich auch mit Frau Stöckl eingebunden war.

Der Richter fragt an, ob Fromholzer wisse, wer genau die KPMG-Sonderprüfung angestossen habe. Fromholzer gibt glaubhaft an, er weiss dies nicht genau. Er habe Aufklärungen empfohlen auch im Projekt Tiger und bezüglich der FT Berichte, hatte Gespräche mit Rechtsanwälten auch von Softbank. Erneut fragt der Richter auffällig nach Dr. Brauns angeblicher Einflussnahme, ob er, Zitat, **"die KPMG Sonderuntersuchung stoppen wollte"**, auch dies ist mehrfach durch Zeugen widerlegt worden. Fromholzer sagt, Braun **"war unzufrieden mit der Situation"**.

Der Richter fragt weiter eher aggressiv und für Prozessbeobachter unverständlich an, ob Dr. Braun Fromholzer, Zitat, **"angewiesen habe, erst den Jahresabschluss 2019 zu machen und dann die Sonderprüfung"**. Der Zeuge verneint klar, er gibt an, dass u.A. ein **"strengerer Jahresabschluss"** mit stärkeren Auflagen kurzzeitig von Braun gewünscht wurde, dieser sich aber seiner Erinnerung nach nicht explizit gegen eine KPMG-Sonderprüfung gestellt habe.

Der erste KPMG-Bericht vom 18. Februar 2020 wird nun vom Richter eruiert. Fromholzer kann sich erinnern und erläutert diese kurz. Danach wird ein KPMG-Dokument vom 2. März 2020 auf den Projektor geworfen. KPMG legt darin in einer List dar, welche Unterlagen fehlten. Fromholzer erklärt die Anstrengungen auch bei Vorstand, diese zu liefern. Das KPMG-Protokoll von März 2020 zeigt, dass neben AR-Vorsitzender Eichelmann & COO Steinhoff auch zwei Clifford Chance Rechtsanwälte involviert und informiert wurden über fehlende Dokumente für die KPMG-Sonderprüfung, diese waren Frau Gärtner und Markus Stephanblome.

Markant gibt das KPMG-Protokoll in einer Zeile an, dass Dr. Braun **"mitgeteilt hat, dass ihm versichert wurde, dass die fehlenden Dokumente geliefert wurden"**. Danach wird ein Schreiben des Aufsichtsratsvorsitzenden Thomas Eichelmann vom 25. Februar 2020 auf den Projektor geworfen, worin dieser sehr deutlich fehlende Dokumente für die Sonderprüfung beklagt. Nun wird Fromholzer befragt, ob er von den Testüberweisungen der Treuhandkonten wusste. Er habe gehört, dass EY das vorgeschlagen habe für deren Jahresabschluss, konnte aber natürlich nicht sagen, wer genau die Idee dazu hatte. EY schlug zu Testzwecken insgesamt vier verschiedene Überweisungen von den Treuhandkonten auf temporäre Konten in München vor, wobei jeweils 110 Millionen Euro an EY und dann kurzfristig zurück überwiesen werden sollten. Somit wären 1,9 Milliarden Euro eigentlich gar nicht notwendig gewesen für eine Verifizierung der Gelder auf den Treuhandkonten.

Ein Beschluss über den Aufschub der Veröffentlichung von Insiderinformationen vom 11. März 2020 wird auf den Gerichts-Projektor geworfen, darin steht, dass Dr. Braun weiter auf Schlüsselinformationen hoffte in den kommenden Tagen, die Wirecard entlasten sollten. Thomas Eichelmann und KPMG hätten **"das nicht geteilt"**, so der vorsitzende Richter an den Zeugen. Danach wird es wichtig, denn Fromholzer erklärt, dass man natürlich hoffte, für den Finanzmarkt beruhigende Informationen auf Wirecard-Seite noch am Tag danach am 12. März 2020 zu erhalten, schließlich hätte das sonst negative Auswirkungen auf den Aktienkurs gehabt, **"wieso also den Markt verwirren"**, so Fromholzer.

Anstatt auf diese wichtige Verantwortung des ehemaligen CEOs Dr. Braun weiter genauer und tiefer einzugehen, degradiert und verwischt der vorsitzende Richter diese Dinge und meint wohl eher etwas fantasierend an den Zeugen gerichtet, Zitat, **"wieso auf die Infos warten, der Markt erfährt ja sowieso, wie es ist"**. Danach wird auf eine Email von Fromholzer vom 12. März 2020 fokussiert, in welcher dieser schrieb: **"es fehlt nur die Prüfung externer Unterlagen bei Dritten, nicht bei internen Dokumenten"**. Der Richter wird fordernd und verärgert, fragt Fromholzer eindringlich und mit den Augen fixierend an, wie **"Abrechnungen von Drittpartnern [im Ausland] nicht interne Dokumente"** seien.

Weiter fragt der ehemalige Staatsanwalt unter der langjährigen Wirecard-Staatsanwältin Hildegard Bäumler-Hösl an, **"das ja auch Transaktionsdaten für die KPMG-Sonderprüfung nicht übergeben wurden"**. Fromholzer erklärt durchaus glaubhaft, dass er von den Daten zwar wusste, aber nicht sonderliches Wissen zu dessen Herkunft oder Art hatte. Fromholzer bestätigt, dass es ein Telefonat zwischen KPMG und Thomas Eichelmann um den 17. März 2020 gab. Der Richter fragt weiter an, wer was wie angeblich **"versichert habe"** bezüglich fehlender Dokumente, geht Fromholzer durchaus forsch an mit, Zitat, **"wie er dazu kommt, die KPMG Prüfung zu kommentieren in einer Email"**.

Fromholzer lacht nun laut auf, er teilt weiter ruhig mit, dass es **"Kritik am KPMG Bericht gab"**, auch bezüglich einiger dort dargelegten Punkte. Beim KPMG-Treffen am 17. April 2020 war er nicht dabei, er sei nicht dazu eingeladen worden, was der Richter seltsam findet. Er hat das Gesprächs-Protokoll jedoch noch am selben Abend erhalten. Der Richter zitiert nun aus einem Protokoll, dass Dr. Braun eine **"kapitalmarktorientierte Berichtstruktur"** der KPMG-Prüfung forderte, das sei doch seltsam. Fromholzer berichtet über die damalige COVID Zeit und wie man eine Veröffentlichung für den 22. April 2020 eruierte mit Korrekturen für Kapitalmarkt.

Nun wird ein Dokument von März 2020 von Fromholzer auf den Projektor geworfen, in dem der Zeuge angibt, **"die Richtigkeit und Vollständigkeit der Umsatzerlöse lassen sich vollumfänglich für alle Zeiträume nachvollziehen"**. Wie er darauf käme, fragt der Richter nun etwas erobst. Fromholzer antwortet irritiert, **"es sei aus dem Unternehmen gekommen"**, es war ein wochenlanges hin-und-her, dies sei dann **"irgendwann so zunächst ok gewesen"**. Am 21. März 2020 hat Thomas Eichelmann dann angekündigt, dass eine Ad-Hoc Meldung nötig sei, dies habe den Zeugen zunächst **"sehr überrascht"**.

Der Vorstand habe unmittelbar auf Eichelmanns Forderung reagiert, man hätte weitere Informationen, die andere nicht hätten und welche gewisse Sachverhalte erklären sollten, so Fromholzer. Der Zeuge gibt in einer Email korrekt an, **"die Kommunikation gegenüber dem Kapitalmarkt ist Kompetenz des Vorstands"**. Ein weiterer Rechtsanwalt mit Namen Rüdiger Aslioni von der Agentur Eichelmann hat zudem in einer Email auch an den Zeugen dargelegt, dass, Zitat, **"mit KPMG passt alles"** bezüglich der Veröffentlichung des Berichts und Abstimmung Brauns mit KPMG. Leitz von KPMG sei diesbezüglich ebenso eingebunden gewesen laut des Dokuments.

Fromholzer habe nachgefragt, ihm wurde versichert, dass die Kommunikation mit KPMG abgestimmt gewesen sei. Man habe KPMG überzeugen können, dass jetzt alles passt, es gebe nun kein Prüfungshemmnis. Dies scheint auf Nachfrage dem Zeugen ebenso **"überraschend, aber nicht unmöglich, man wollte die Dinge ja schließlich lösen"**. Der Richter fragt an, ob er wisse, ob Dr. Braun empfohlen habe, dass Hemmnis im Bericht auszulassen. Fromholzer verneint.

Es wird weiter vom Richter erklärt, dass einige Zeugen angaben, Dr. Braun habe die Ad-Hoc Meldung **"auf seine Kappe genommen"**, wie der Zeuge das sehe. Fromholzer gibt an, das könne nicht ganz ausgeschlossen werden. KPMG wurde schließlich überzeugt, den Text mitzutragen, offenbar auch in einem Telefonat. Dem Entwurf wurde schließlich beigetreten. Der Richter erklärt, dass dann letztlich **"alle baff waren, als nachts die Meldung verbreitet wurde"**.

Thomas Eichelmann habe um 1:20 Uhr eine Email an Braun geschickt, darin habe man um Klärung gebeten, die Meldung sei für den Aufsichtsrat unverständlich. Braun habe auch an den Zeugen eine Email geschickt, in welcher er erklärte, dass KPMG diesen Entwurf mittragen würde. Am kommenden Montag wurde dann viel Fokus auf das AR-Treffen gelegt. Man habe sich mit KPMG besprochen, auch wie eine Kapitalmarktkommunikation auszusehen habe, dies war zuvor unklar. Am 24. April 2020 gab es ein Treffen mit Herrn Leitz von KPMG, dies zwei Tage nach der Ad-Hoc Meldung.

Es wird nun über die Transaktionsdaten für Dezember 2019 gesprochen, die laut Protokollen und Berichten einen Beitrag zur geänderten Meinung von KPMG beitrugen, die Daten machten einen *"huge difference"* aus. Ob KPMG mit dieser Datenscheibe Rückschlüsse auf den Zeitraum von 2016 bis 2018 schließen konnte? Fromholzer kann sich nicht erinnern, er teilt aber mit, dass KPMG ausdrückte, keine komplette forensische Untersuchung ab 2016 durchführen zu können, dazu sei die Datenmenge zu enorm. Deshalb gab es eine Untermenge der Daten.

Der Richter eruiert, dass man in der Aufsichtsratsitzung weiter der Meinung blieb, dass die Ad-Hoc Meldung unzureichend sei und nicht vollständig. Ob der Zeuge erklären könne, warum dies so war? Fromholzer meint, er könne sich da nicht sonderlich erinnern, man habe in dieser Phase *"stark nach vorne gearbeitet"*. Er gibt weiter an, dass *"man bei KPMG überlegte, dass Team in dieser Phase komplett auszutauschen um bessere Leute zu holen"*, was für reichlich Überraschung im Saal sorgte.

Der Richter erklärt weiter, dass nach all dem KPMG dann plötzlich mitteilte, dass das Prüfungshemmnis nicht beseitigt sei. Warum dies so gewesen sei, wird der Zeuge gefragt. Fromholzer sei erst am 27. April 2020 klar gewesen, dass *"KPMG sich null bewegt habe"*, dies sei ein erschütternder Moment für ihn gewesen. Man eruierte zuvor, das komplette KPMG-Team auszuwechseln, dann sei letztlich gar nichts

passiert, so der Zeuge. Oben genannter Rüdiger Aslioni wird auch in diesem Zusammenhang kurz erwähnt.

Der Richter befragt nun Fromholzer, ob es zu diesem Zeitpunkt bereits eine Diskussion über eine Absetzung von CEO Dr. Braun gegeben habe. Der Zeuge sagt, er habe davon nichts mitbekommen zu diesem Zeitpunkt, was einen Tag später von Zeugin Christine Gärtner bestätigt wird. Ihm sei jedoch eine Verschiebung der Kompetenz zu Herrn von Knoop aufgefallen.

Befragt zum Drittpartnerschaft, hatte Fromholzer nicht den Eindruck, dass es das TPA-Geschäft nicht gab. Die richterliche Vernehmung endet mit Eindrücken des Zeugen zu Personen und Beziehungen bei Wirecard.

Es wird vor Ende der Hauptverhandlung ein ergänzender Antrag der Verteidigung zur Ladung von Zeugen aus dem Geheimdienstbereich gemacht, wie dieser vor einer Woche von der Verteidigung von Dr. Braun gestellt worden war.

<https://www.sun24.news/de/das-wirecard-pr-gericht-ueber-obskure-befragungen-eines-wirecard-anwalts.html>